

Im Teufelskreis des Staatsschuldenabbaus

Die offizielle Finanzpolitik wird nicht nur in Deutschland und der EU durch einen primitiven Schuldenreduktions-Fiskalismus beherrscht. Ohne den erforderlichen Gesamtblick auf die sozialen, ökonomischen und ökologischen Staatsaufgaben und deren seriöse Finanzierung durch eine gerechte Steuerpolitik wird die in der Tat rasant gestiegene Staatsverschuldung über die Kapitalmärkte monokausalistisch zur zentralen Ursache ökonomischer Fehlentwicklungen erklärt. Dazu zwei ökonomisch völlig unterschiedliche Beispiele: In Deutschland würde die investive Dynamik der Privatwirtschaft durch die staatliche Beanspruchung der Kapitalmärkte gebremst. Die Eurokrise sei im Kern auf zu hohe Staatsschulden, die durch verschwenderische Ausgabenexzesse zustande gekommen seien, zurückzuführen. Ja, über die ökonomische Kritik hinaus wird die Staatsschuldenexpansion als Problem mangelnder politischer Moral gescholten. Paul Krugmann hat auf den Zusammenhang von Moral und Sühne bei der Hilfe sündiger Krisenländer am Beispiel Griechenland hingewiesen: Die moralisch unverantwortlichen Ausgabenzuwächse, mit denen diese Gesellschaft über ihre Verhältnisse gelebt habe, müssten jetzt durch eine martialische Einsparpolitik vor allem im Sozialbereich gesühnt werden.

Mit dieser moralisierenden Schelte und den vermeintlich ökonomischen Rechtfertigungen werden die durch Fehlentwicklungen des Wirtschaftssystems ausgelösten Triebkräfte expandierender Staatsverschuldung schlichtweg unterschlagen. Dazu wieder zwei Belege: In Deutschland haben sich die Staatsschulden zuerst durch die Finanzierung der deutschen Einigung seit Anfang der 1990er Jahre verdreifacht. War diese staatliche Finanzierung unmoralisch? Ein erneuter Verschuldungsschub wurde ab 2002 durch Steuerentlastungen für die Unternehmen, die nicht mit mehr an Investitionen und Arbeitsplätzen belohnt wurden, ausgelöst.

Das hat Peter Bofinger veranlasst, statt einer Schuldenbremse eine Steuersenkungsbremse zu fordern. Auch in der Eurozone zeigt sich, dass die Staatsschuldenkrise wenig mit exzessiver und moralisch unverantwortlicher Ausgabenpolitik der Regierungen zu tun hat. Der plötzliche Sprung bei der Staatsverschuldung seit 2008 im Euroland hat die heutigen Krisenländer gezwungen, als Reaktion auf die Finanz- und hier insbesondere die Bankenkrise Rettungsprogramme über öffentliche Kreditaufnahme zu finanzieren.

Allmählich dämmern selbst den hartnäckigsten Verteidigern dieser Politik öffentlicher Einspardiktate die belastenden Folgen für die Gesamtwirtschaft nicht mehr. Offensichtlich tritt mit der Austeritätspolitik das Gegenteil der versprochenen nachhaltigen Sanierung öffentlicher Haushalte ein. Die ökonomischen Rechtfertigungsversuche widersprechen der gesamtwirtschaftlichen Realität. Im Maastrichter Vertrag von 1992 wurden die Staatsschulden mit den Konvergenzkriterien

nicht mehr als 3% der Neuverschuldung und 60% der Gesamtschulden am Bruttoinlandsprodukt in der Erwartung gedeckelt, dadurch würden Inflation und steigende Kapitalmarktzinsen zu Lasten der privaten Investoren verhindert. Die in den letzten Jahren massiv angestiegene Staatsverschuldung hat jedoch weder Inflation ausgelöst noch die Kapitalmarktzinsen erhöht und damit private Investitionen nach dem Muster der behaupteten Crowding out-These verdrängt. Die Inflationsraten sowie die Finanzmarktzinsen bewegen sich trotz der hohen Staatschulden auf Niedrigstniveau. Heute werden die gesamtwirtschaftlichen Schäden dieser Austeritätspolitik erkennbar. Die Eurokrisenländer sind mit den Sühneprogrammen in die dauerhafte Rezession gezwungen worden. Deutschland scheint nur auf den ersten Blick nicht vergleichbar zu sein. Jedoch, die gesamtwirtschaftlichen Belastungen durch das soeben erst begonnene Regime der Schuldenbremse sind noch nicht sichtbar. Noch profitiert Deutschland von den Zuwachsraten beim Wirtschaftswachstum, die nach dem Absturz 2009 maßgeblich durch zwei Konjunkturprogramme ausgelöst worden sind.

Seit diesem Herbst zeichnet sich ein Nullwachstum, das auch in eine Rezession umschlagen kann, ab. Um dann mit der Finanzpolitik gegenzusteuern reicht der in der Schuldenbremse vorgesehene konjunkturelle Puffer bei weitem nicht aus. Der Bund ist gut beraten, statt um den frühesten Termin einer Nullverschuldung zu wetteifern, eine antizyklische Politik mit einem ökologisch fundierten Zukunftsprogramm vorzubereiten.

Das sich abzeichnende Scheitern der deutschen Schuldenbremse und des EU-Fiskalpakts hat einen entscheidenden Grund: Die gesamtwirtschaftliche Rolle und damit die Verantwortung des Staates in der Gesamtwirtschaft wird mit dessen Reduktion auf einen einzelwirtschaftlichen Akteur wegdefiniert. Zur Rechtfertigung dienen die dümmlichen Vergleiche mit der dadurch auch noch diskriminierten „schwäbischen Hausfrau“. Wenn in diesem Mikrohaushalt gespart wird, dann stellt sich nicht die Frage, welche Auswirkungen dieser Ausgabenverzicht auf die regionale bzw. gesamtwirtschaftliche Nachfrage hat. Reduzieren jedoch die Gebietskörperschaften ihre Ausgaben im Gleichschritt, dann wird den Unternehmen Nachfrage entzogen. Daran ändert sich auch nichts im globalisierten Kapitalismus. Im Gegenteil, wenn das alle wichtigen Staaten tun, dann wird daraus eine Weltwirtschaftskrise. Ernsthaft lässt sich die neoliberale Unterstellung, dass staatliche Schrumpfpolitik Unternehmen zu Investitionen animieren soll, nicht beweisen. Dafür spricht die Tatsache, dass in Deutschland die privaten Haushalte zur Geldvermögenserhöhung immense Summen sparen – über 186 Mrd. € in 2011. Die Unternehmen schöpfen jedoch diese Überschüsse an Geldvermögen durch die Finanzierung von Sachinvestitionen bei weitem nicht aus und kompensieren daher den Entzug von konsumtiven Ausgaben nicht. Abgesehen von der Auslandsverschuldung gerät der Staat in dieser gesamtwirtschaftlichen Konstellation in die „Lückenbüßerrolle“, die ihm durch die Einspar-Apologeten auch noch entrissen werden soll. Die Folge ist die vielfach beschriebene Schuldenfalle: Die Reduzierung

öffentlicher Ausgaben führt zu einem Verlust an gesamtwirtschaftlicher Produktion um ein Vielfaches.

Und am Ende steigen wegen der Krisenkosten die Staatsschulden. Dieser negative Multiplikator lässt sich aus einer Untersuchung auf der Basis von 28 miteinander verglichenen Industrieländern durch den „Internationalen Währungsfonds“ ableiten. Bei einem realistischen Multiplikator von 1,5 löst 1 € kreditfinanzierter Staatsausgaben über die aus der Einkommensschöpfung sich ergebende Nachfrage 1,50 € an zusätzlicher Produktion aus. Im Falle der Einsparpolitik ändert sich das Vorzeichen des Multiplikators: 1€ an Ausgabenkürzungen lässt die Produktion um bis zu 1,50 € sinken. Also, die Einsparpolitik wirkt konjunkturell kontraproduktiv, oder wie es in englischer Sprache heißt, „self-defeating“. Die Wiederentdeckung der Makroökonomik von John Maynard Keynes, die durch den Fiskalreduktionismus bei der Schuldenbremse und dem EU-Fiskalpakt unterschlagen wurde, lässt grüßen. In den Eurokrisenländern zeigt sich der Teufelskreis besonders bitter. Mit der durch die Geldgeber erzwungenen Austeritätspolitik ist beispielsweise Griechenland seit 2009 in einer tiefen, dauerhaften Rezession gelandet (2011 – 7,1% und 2012 -6,8% Bruttoinlandsprodukt). Die Arbeitslosigkeit vor allem bei Jugendlichen fällt extrem hoch aus.

Auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen muss die Rolle der Staatsverschuldung neu buchstabiert werden. Dabei kommt es darauf an, die öffentliche Kreditfinanzierung zielorientiert zu nutzen. Dazu gehört nicht nur der Einsatz für eine antizyklische Finanzpolitik. Mit dem Instrument der Staatsverschuldung lässt sich die Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen mit positiven Wirkungen in der Zukunft auf künftige Generationen ausweiten („pay as you use“). Die These von der ausschließlichen Erblast durch Schuldenberge für künftige Generationen greift viel zu kurz. Wenn heute ökologisch nachhaltige Infrastrukturprojekte auf den Weg gebracht werden, dann profitieren davon künftige Generationen, die per Steuern die Zinslast finanzieren.

Die Zeit ist reif: Die Ideologie von der Entfesselung der Marktkräfte durch weniger Staat versagt. Der daraus abgeleitete Primitiv-Fiskalismus ist gescheitert. Erforderlich ist eine zukunftsfähige Politik für die Gesamtwirtschaft und Gesellschaft. Die Politisierung für eine verantwortungsvolle, aufgabengerechte Ausgabenpolitik ist die beste Chance, künftig staatliches Verschwendungsverhalten zu vermeiden. Dadurch wird ein streng kontrollierter, rationaler Einsatz der öffentlichen Kreditaufnahme im Dienste ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit erleichtert.